

juli magazin



thema.jugend



juli magazin

- 03
WILLKOMMEN
- 04
JUGEND MIT PERSPEKTIVE!
- 07
EINE GENERATION PACKT ES AN
- 10
EINER, DER ARBEIT SCHAFFT
- 12
PRO UND CONTRA:
AUSBILDUNGSPLATZABGABE
- 14
KASPERLETHEATER AM RHEIN
- 18
DEUTSCHLAND OHNE SUBVENTIONEN
- 20
ZUKUNFT VERSPIELT
- 22
EINE VERFASSUNG — EIN EUROPA?
- 24
IMPRESSUM

thema.jugend



Liebe Leserinnen und Leser,

jetzt ist nicht die Zeit für wohlklingende Metaphern, sondern für harte Fakten. Schauen wir uns letztgenannte einmal genauer an: Nahezu täglich erreichen uns neue Meldungen, dass die rot-grünen Regierungen in Berlin und Düsseldorf ein neues Reformprojekt anstoßen – Ausbildung, Jugendförderung, Naturschutz, Maut, ... Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Nur, die Erfolgsmeldungen bleiben aus. Anders bei uns Jungen Liberalen, da wird eine Reform nicht groß angekündigt, sie wird einfach umgesetzt. Auch wenn das Motto lautet »Was lange währt, wird endlich gut«.

Trotz aller Widrigkeiten, das neue juli magazin ist der sichtbare Beweis, wie die Neuausrichtung der Verbandskommunikation mehr und mehr an Form gewinnt. Aktuelles, Eiliges und Kurzlebiges wird nur noch im Internet publiziert. Gedruckt werden dagegen Beiträge, die der politischen Meinungsbildung Impulse liefern, auf lange Sicht bedeutsam und als Beitrag zur politischen Diskussion belangreich sind. Losgelöst von tagesaktuellen Dingen liegt die Zukunft des jm in der Auseinandersetzung mit langfristig relevanten Grundsatzthemen. Und zwar immer einem pro Ausgabe. So bleibt Raum für alternative Positionen, provokante Meinungen und eine umfassende Auseinandersetzung. Das neue jm ist ein Heft, das man sammeln kann und das über Jahre hinweg die Position der Jungen Liberalen zu einzelnen Aspekten des Lebens dokumentieren wird.


Die aktuelle Ausgabe thema.jugend ist ungeachtet aller Änderungen nur ein Zwischenschritt. Doch bereits im kommenden Heft thema.europa wird die Konzentration auf ein Thema pro Ausgabe konsequent umgesetzt. Es wird kürzere Texte geben, deutlich mehr Autoren tragen inhaltlich bei, langfristig soll der Anteil externer Beiträge steigen. Zeitgemäß auch der Wandel hinsichtlich der Rechtschreibung, im jm wird, wenn nicht explizit anders gewünscht, die neue Rechtschreibung angewandt.

Die Jungen Liberalen verstehen sich als Motor der FDP. Die grundlegende Basis für diesen Anspruch liegt in der programmatischen Arbeit, mit der wir Junge Liberale der FDP immer einen Schritt voraus sein sollten. Wenn wir hier in der 'Pflicht' glänzen, können wir danach in der Kür auftrumpfen: Mit einem modernen und frischen Design setzt sich das jm an die Spitze liberaler Druckserzeugnisse. Hier gehen inhaltliche und gestalterische Veränderung Hand in Hand.

Nun aber genug der einleitenden Worte. Das neue jm ist auf einem guten Weg, schaut Euch den ersten Abschnitt an und geht mit.

Euer

Torsten Paßmann
Landespressesprecher



JEDER POLITIKER WIRD SICH SCHNELL AUF DIE AUSSAGE VERSTÄNDIGEN, JUGEND SEI ZUKUNFT.
ZUKUNFT ABER DEFINIERT SICH NICHT NUR BIS ZUM NÄCHSTEN WAHLTERMIN.

JUGEND BRAUCHT PERSPEKTIVE. OHNE BILDUNG, AUSBILDUNG, MIT KONJUNKTURFLAUTE UND
STAATLICHER BEVORMUNDUNG WIRD SICH UNSER LAND NICHT BEWEGEN. VOR ALLEM ABER BRAUCHT JUGEND
EINE LOBBY. EINE DAVON SIND WIR – DIES SOLLTEN WIR NUTZEN.

Auf oder ab?

Jugend mit Perspektive

VON YVONNE NASSHOVEN

Deutschland sucht den Superstar, die Spiele der Fußballbundesliga und die aktuellen Ereignisse in »Gute Zeiten – schlechte Zeiten« – all dies interessiert junge Menschen. Politik nicht. Gute Zeiten für eine zukunftsfeindliche Regierung, schlechte Zeiten für die Jugend – damit muß Schluß sein. Und zwar durch eine Jugend, die sagt, was sie möchte und ihren Einfluß geltend macht. Mangelnde Bildung, fehlende Ausbildungsplätze, Kürzungen im Bereich der Jugendarbeit – dies sind nur einige der Themen, mit denen die Jugend in NRW zu kämpfen hat. Jeder Politiker wird sich schnell auf die Aussage verständigen, Jugend sei Zukunft. Zukunft jedoch definiert sich nicht nur bis zum nächsten Wahltermin. Warum werden also falsche oder unzureichende Signale für die zukünftigen Generationen gesetzt?

Lange Zeit beschränkte sich die Diskussion auf Maßnahmen, die greifen sollten. Mittlerweile jedoch wird gehandelt – und zwar nicht von Seiten der Regierung. Vielmehr ist durch eine Volksinitiative unter dem Titel »Jugend braucht Zukunft« Bewegung in die Debatte gekommen.

Die Initiative, gestartet von der Arbeitsgemeinschaft Haus der Offenen Türen in Nordrhein-Westfalen hat es sich zum Ziel gesetzt, den Landtag dazu zu zwingen, sich mit der »Absicherung und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit in NRW zu befassen.« Zur Verwirklichung waren 66.000 Stimmen der Wahlberechtigten in NRW notwendig – eine hohe Hürde, die dennoch deutlich übersprungen wurde.

Gleichwohl ist mit diesem Vorhaben eine Diskussion um den Fortbestand der Jugendarbeit in Gang

gekommen. Warum? Weil sich die Initiatoren nicht länger auf die Politik verlassen haben, sondern selbst zur Tat geschritten sind. Eine Haltung, die für uns Liberale nicht nur nachvollziehbar, sondern für die Gesellschaft notwendig ist.

Nun ist viel geredet und geschrieben worden, was für die Jugend sinnvoll, wünschenswert und von Vorteil ist. Die Stimme, die sich aber längst verstärkt in die politische Meinungsbildung einbringen müßte, ist die der Jugend selbst. Es geht nicht darum, über Köpfe hinweg zu entscheiden, was richtig ist, sondern die Jugend endlich einmal selbst zu Wort kommen zu lassen. Was wir brauchen, ist eine mündige und verantwortungsbewußte Jugend, die ihr Schicksal selbst in Hand nimmt, statt tatenlos zuzusehen, wie über sie, ihre Chancen und Perspektiven andere bestimmen. Was wir brauchen, ist eine politisierte Jugend, die nicht länger die Attribute der Politik- oder Parteienverdrossenheit für sich in Anspruch nimmt, sondern sich eigene Wege der Beteiligung sucht.

Als Junge Liberale stehen wir beiden Attributen entgegen. Wir wollen genau das erreichen: Junge Menschen, die sich für ihre Belange einsetzen. Doch was sind die Wege dazu, dies zu erreichen? Zunächst einmal fallen jedem politisch Aktiven die Worte »Jugendparlament« oder »Jugendgemeinderat« ein. Dies ist sicherlich die klassische Form der Jugendbeteiligung, meist auf kommunaler Ebene. Richtig ausgestaltet, können diese eine wertvolle Funktion zur Interessenswahrnehmung darstellen. Dies ist jedoch nur eine Möglichkeit und nur eine Ebene der Partizipation.

Warum gibt es auf Landesebene nichts vergleichbares dem Projekt »Jugend und Parlament« im Bund? Junge Leute, die einmal im Jahr Abgeordnete »spielen« dürfen, Politik einmal live erleben, statt nur – bestenfalls – vor dem Fernseher Bundstagsdebatten zu verfolgen. Warum gibt es nicht wie in anderen Bundesländern Foren zum Gedankenaustausch über eine mögliche Europäische Verfassung und die Zukunft der Europäischen Union? Vermutlich, weil die Jugend in NRW keine ausreichend große Lobby hat, dies zu erreichen.

Doch allein mit derartigen Projekten wird es nicht getan sein – mit einem Stein läßt sich kein Haus bauen. Politik muß wieder greifbar werden, muß die Menschen direkt ansprechen, darf nicht in dunklen Hinterzimmern stattfinden oder nur kurz vor dem Wahltag. Politik und das Verständnis für Demokratie fängt im Elternhaus an. Wir brauchen keine »Lufthoheit über den Kinderbetten« (Olaf Scholz, SPD), die die Eltern bevormundet. Wir brauchen Eltern, die ihren Erziehungsauftrag wahr- und ernstnehmen. Wir brauchen eine Demokratieverziehung in der Schule, die fern von (potentiellen) Parteibüchern der Lehrer unsere Schüler über ihre Rechte und Pflichten aufklärt. Nur mit einem soliden Grundverständnis für Demokratie, deren Möglichkeiten und Chancen, werden sich junge Leute für Politik interessieren. Und nicht zuletzt ist es unsere Aufgabe als Junge Liberale, jungen Menschen klarzumachen, warum sie sich einbringen sollten. Politik muß mitreißen, statt Engagement zu zerreißen.

Jugend braucht Perspektive. Vor allem aber braucht Jugend eine Lobby.

A black and white photograph showing four young people sitting on a paved street. The street is littered with various pieces of trash, including crumpled paper and small pieces of debris. The young people are dressed in casual, contemporary clothing. One person in the foreground is wearing a bucket hat and a dark top, looking towards the others. The person next to them is wearing a striped shirt and dark pants, looking down. The person in the middle is wearing a patterned shirt and jeans, looking towards the right. The person in the background is wearing a patterned shirt and jeans, looking towards the right. The overall atmosphere is one of desolation and hopelessness.

Die Straße

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT IST EINE DER GRÖSSTEN GESELLSCHAFTLICHEN HERAUSFORDERUNGEN, DA DURCH SIE SCHON BEI JUGENDLICHEN DER EINDRUCK DER PERSPEKTIVLOSIGKEIT UND DER ABHÄNGIGKEIT VON STAATLICHEN TRANSFERLEISTUNGEN ENTSTEHT.

Eine Generation packt es an

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT: DIE URSACHEN, DIE FOLGEN, DIE REZEPTE.

VON MARCO NEISEN

Ausbildung und Arbeit sind für junge Menschen mehr als nur die Grundlage für ein wirtschaftlich unabhängiges Leben. Sie haben auch zentrale Bedeutung für Identitätsfindung und Selbstbestimmung. Junge Menschen brauchen die Chance, durch eigene Arbeit am gesellschaftlichen Wohlstand teilhaben zu können. Jugendarbeitslosigkeit ist daher eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen, da durch sie schon bei Jugendlichen der Eindruck der Perspektivlosigkeit und der Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen entsteht.

Die aktuellen Zahlen der arbeitslosen Jugendlichen lassen dabei eine bedenkliche Entwicklung erkennen: Sowohl die Jugendarbeitslosigkeit im Allgemeinen, wie auch die Zahl der langzeitarbeitslosen Jugendlichen steigt kontinuierlich an. Eine deutlich negative Tendenz weist zudem auch der Ausbildungsstellenmarkt auf, die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse ist zurückgegangen. Für das kommende Ausbildungsjahr ist ein weiterer Rückgang der angebotenen Plätze zu erwarten.

Die Ursachen für diese Entwicklung liegen auf der Hand. An erster Stelle ist die Politik der rot-grünen Bundesregierung zu nennen. Die notwendigen Reformen im Arbeits- und Tarifrecht, sowie bei den Sozialversicherungen, bei der Senkung der Lohnnebenkosten werden, wenn überhaupt, nur halbherzig angegangen. Sinnvolle Vorschläge werden zerredet oder dem Widerstand der Interessensgruppen, der Gewerkschaften und Verbände geopfert. Diese Bundesregierung schafft es nicht, Impulse für mehr Wachstum und mehr

Arbeitsplätze zu setzen. Eine derartige Politik trifft natürlich verstärkt die Menschen, die gerade am Einstieg ins Arbeits- und Berufsleben stehen.

In NRW kommt verschärfend hinzu, dass die rot-grüne Landesregierung sich vor allem damit beschäftigt, Bundesprogramme und EU-Programme in Anspruch zu nehmen oder neue eigene Förderprogramme aufzulegen, deren Namen manchmal klangvoller sind als die konkreten Inhalte. Förderprogramme können aber die Jugendarbeitslosigkeit nur eine gewisse Zeit lang verdecken, nicht beheben. Gerade dauerhafte Arbeitsplätze entstehen nicht in Förderprogrammen, sondern ausschließlich in den Betrieben, insbesondere in den Klein- und Mittelbetrieben.

Bei denen, die von Jugendarbeitslosigkeit betroffen sind, handelt es sich um junge Menschen, denen Voraussetzungen zum direkten Einstieg in Ausbildung und Beruf fehlen, teilweise ohne Schulabschluss, mit fehlenden Sprachkenntnissen, mit fehlender sozialer Kompetenz, mit vielfältigen persönlichen Problemen wie Verschuldung oder Suchtverhalten. Es muss daher Ziel der Politik sein, dass die bisherigen Förderprogramme, die sich durch eine Vielzahl ähnlicher Maßnahmen mit unterschiedlichen Ansprechpartnern und Zugangswegen auszeichnen, zusammengefasst werden. Die begrenzten Mittel des Landes sind dabei so zu konzentrieren, dass die besonders benachteiligten Jugendlichen tatsächlich soweit fit gemacht werden, dass der Weg in Ausbildung oder Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt möglich wird.

Statt der großen Programme aus Düsseldorf und

Berlin, die in erster Linie zur Eigenwerbung der Regierenden dienen, muss nach Bedarf und mit Sachverstand vor Ort entschieden werden. Schlimmer noch als Förderung mit der Gießkanne, sind allerdings ideologische Diskussionen und nunmehr positive Entscheidungen über eine Ausbildungsabgabe, die nur noch mehr Belastung für die Unternehmen und damit noch weniger Ausbildungsplätze bedeuten würde.

Der richtige Lösungsansatz ist die intensive Verknüpfung mit bestehenden kommunalen Angeboten. Es sollen jungen Menschen konkrete Angebote gemacht werden, aber auch aktive Mitwirkung eingefordert werden. Eine erhöhte Vermittlung in Arbeit und Ausbildung auf dem ersten Arbeitsmarkt muss das Ziel von Arbeitsmarktpolitik sein. Förderung darf dabei nur in der Form anteiliger Zuschüsse als Anreiz zum Tragen kommen. Von der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen durch die Wirtschaft profitiert dabei die ganze Gesellschaft. Unser System der beruflichen Bildung ist der beste Garant dafür, dass die Jugendlichen eine persönliche Lebensperspektive erhalten und dem Arbeitsmarkt qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden. Staatliche Regelungen im Bereich der beruflichen Bildung müssen deshalb dahingehend überprüft werden, ob sie für Unternehmen ausbildungshemmend sind. Für unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft ist es von besonderer Bedeutung, dass Existenzgründer und junge, innovative Unternehmen ausbilden, weil sie die sicheren Arbeitsplätze von morgen schaffen.

Was gegen Arbeitslosigkeit im Allgemeinen greift,

ist daher natürlich umso dringender auch bei der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit von Nöten. Denn dort, wo es darum geht, jungen Menschen einen Einstieg in das Arbeitsleben zu verschaffen und tatsächlich einen neuen Arbeitsplatz zu schaffen, ist das Zögern der Unternehmen am größten. Die Entschlackung von Gesetzen, die Hemmnisse bei der Einrichtung von Ausbildungsplätzen darstellen, ist daher eine der vordringlichen Aufgaben der Politik. Beispielhaft zählen dazu flexiblere Arbeitszeitregelungen für unter 18-jährige. Wer bis 24 Uhr ausgehen und feiern kann, soll auch bis 24 Uhr in der Gastronomie arbeiten können. Ebenso sollte das Ausbildungsverhältnis mit dem vorher festgeschriebenen Ablauf des Vertrages enden und nicht mit dem von schulischen Interessen bestimmten, in der Regel einige Wochen früher liegenden Prüfungstermin. Vor allem in der Bildungspolitik kann Nordrhein-Westfalen bei der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit noch handeln. Um auch den Lern- und Leistungsschwachen Chancen zu eröffnen Initiativen wie Praxis-Projekte zur Berufserkundung oder die Einrichtung von Schülerfirmen können bestehende Praktikumsangebote erweitern und die Berufswahl besser vorbereiten - ebenso wie flexiblere Regelungen im Bereich der Berufsausbildung. Insbesondere die zweijährigen Ausbildungen mit geringeren Theorieanteilen für eher praktisch begabte Menschen sind in Kooperation mit Handwerk, Handel und Industrie verstärkt anzubieten, um Jugendlichen einen Berufsabschluss zu ermöglichen, die in den klassischen, zunehmend mit theoretischem Wissen

angefüllten Ausbildungsberufen überfordert sind. Das sozialste, was die Politik für einen jungen Menschen tun kann, ist, die Rahmenbedingungen zu schaffen, sein Leben aus eigener Kraft bewältigen zu können. Voraussetzung hierfür ist die Möglichkeit, seinen eigenen Lebensunterhalt zu erwirtschaften. Diese Chance wird vielen Jugendlichen zur Zeit nur unvollkommen geboten. Solange Reformen nicht mutig umgesetzt werden, wird es immer einen Teil der jungen Generation geben, der nach der Schule die Tage im Arbeitsamt verbringen darf. Machen wir es besser!

AUTOR »»

Marco Neisen › 20 Jahre › stellvertretender Landesvorsitzender und Landesprogrammatiker der JuLis NRW › Vorsitzender der Jungen Liberalen im Kreis Recklinghausen.



Die Chance

FÜR UNSERE WIRTSCHAFTLICHE UND GESELLSCHAFTLICHE ZUKUNFT IST ES VON BESONDERER BEDEUTUNG, DASS WEXISTENZGRÜNDER UND JUNGE, INNOVATIVE UNTERNEHMEN AUSBILDEN, WEIL SIE DIE SICHEREN ARBEITSPLÄTZE VON MORGEN SCHAFFEN.

Einer, der Arbeit schafft

ER BEVORZUGT SCHWIERIGE FÄLLE:

WIE EIN JUNGER UNTERNEHMER AUS SEINEN LEHRLINGEN NEUE MENSCHEN MACHT.

VON TORSTEN PASSMANN

»Man soll ausbilden: Wenn ich etwas vom Markt verlange, muss ich etwas auf den Markt bringen.« German Gonzalez, Maler- und Lackierermeister, bildet aus – aus Überzeugung. Einfach zu verstehen ist das nicht. Besonders dann nicht, wenn er von Initiativbewerbungen und Praktikanten berichtet: »Mittlerweile erwarte ich nichts mehr.« Viele Bewerbungen seien einfach »skandalös« – statt eines Passfotos ein Urlaubsfoto, statt am PC handschriftlich mit dem Kugelschreiber erstellt und voller Rechtschreibfehler, die Anschreiben werfen mehr Fragen auf, denn dass sie Antworten geben.

Bei den Praktikanten nichts anderes: Die, die denken könnten, täten nichts anderes: Sie seien »zu anstrengend«, hinterfragten den Sinn fast jeder Tätigkeit und verweigerten dann oftmals eine Arbeit. Und die anderen (»die mit zwei linken Händen«) litten unter »grobmotorischen Störungen«. Mag Gonzales, der selbst erst 28 Jahre alt ist, auch an vielen Kandidaten verzweifeln: Er bildet aus. Freiwillig. Allein das macht ihn heutzutage schon zu einem »Vorzeige-Handwerker«. Aber nicht nur das, es ist auch sein Lebenslauf, der fast dem Bilderbuch eines jeden Arbeitsministers entnommen scheint: Lehre mit 16, anschließend sechs Jahre tätig als Geselle, dann mit gerade einmal 26 Jahren der Meistertitel und kurz darauf der Schritt in die Selbständigkeit. »Ursprünglich wollte ich bei der Justizvollzugsanstalt als Ausbilder arbeiten, aber ich bin lieber selbständig und frei.« Frei sein bedeutet an dieser Stelle auch: beide Berufswünsche kombinieren zu können, Gonzalez bildet bevorzugt »schwierige Lehrlinge« (der Chef

über sein Personal) aus. Wenn einer Defizite habe, egal ob nun bei der Schulbildung oder der Sozialkompetenz, bedeute das nicht, daß er gleichzeitig ein schlechter Lehrling sei. Wenn man ihn zu einem guten mache.

Als Maler und Lackierer arbeitet er mit zwei Angestellten im häuslichen Bereich für Privatkunden. Kreative Innen- und Außenarbeiten steht auf der Visitenkarte. Gonzalez und seine Mitarbeiter sind nicht »die Handwerker«, sie sind »die Maler«. Ein feiner und wichtiger Unterschied. In der Praxis muß Gonzalez seinen Lehrlingen und Praktikanten nicht nur Fachwissen vermitteln, sondern auch Weltwissen und Basisarbeit in Erziehung leisten. Seine Kunden erwarten einfach ein gewisses Benehmen: »Wir verkaufen nicht nur eine Dienstleistung, in gewisser Weise verkaufen wir auch uns selbst. Es gehört zum guten Ton, dass man grüßt, nach der Toilette fragt oder in den Räumen des Kunden nicht raucht. Wir definieren uns über Service.« Ein schwieriger Job für schwierige Fälle.

Wenn Lehrlinge bei Gonzalez anfangen, haben sie meist schon einiges hinter sich. Abmahnungen in ihren alten Betrieben beispielsweise, oder sie stecken in vom Arbeitsamt geförderten Umschulungen. Aber gerade die Lehrlinge, die von anderen Betrieben abgeschrieben werden, blühen bei ihm auf. Gonzalez' Rezept ist einfach wie riskant, wenn ihn seine Menschenkenntnis trügt: »Ich will von der Betriebsvergangenheit meiner Lehrlinge so wenig wie möglich wissen. Ich will in ihnen komplett neue Menschen sehen.«

Motivationslöcher, Probleme mit dem Meister,

Abmahnungen – all das ist kein Thema. Was zählen, beteuert er, sei allein die Arbeit. »Deshalb fühlen sie sich so wohl bei mir«, so Gonzalez. Das beste Beispiel, dass Gonzalez' Konzept aufgeht, ist sein aktueller Lehrling: »Er nimmt alles an, arbeitet hoch zuverlässig und kämpft um seinen Arbeitsplatz.« Wenn alles nach Plan geht, soll später noch ein Architektur-Studium folgen. Rückschläge bleiben dennoch nicht aus. Ein anderer »schwieriger Lehrling« absolvierte erst einmal ein dreimonatiges Praktikum, bevor überhaupt an eine Lehre zu denken war.

Die »Bewährungszeit« verlief hervorragend und gelegentliche Formschwankungen während der Lehre waren kein Grund zur Besorgnis. Als Gonzalez durch einen Unfall außer Gefecht gesetzt war, wollte der Lehrling die Autorität des Gesellen nicht akzeptieren. »Der hat nicht kapiert, dass er die Lehre für sich macht«, schüttelt Gonzalez den Kopf, »mit seinem Verhalten hat er die Existenz der Firma gefährdet«.

Und damit seine eigene, die Kündigung war die Folge, die Gonzalez immer noch bedauert.

Trotz aller Probleme, trotz aller Rückschläge, die German Gonzalez aufzeigt, seinen Optimismus wird er beibehalten und wird weiterhin ausbilden: »Ich weiß, dass es anders geht«.

AUTOR »»

Torsten Paßmann › stellvertretender Landesvorsitzender und Landespressesprecher der Jungen Liberalen › studiert in Aachen.



Die andere Sicht der Dinge

KREATIVE INNEN- UND AUSSENARBEITEN STEHT AUF DER VISITENKARTE.
GONZALEZ UND SEINE MITARBEITER SIND NICHT »DIE HANDWERKER«, SIE SIND »DIE MALER«.
EIN FEINER UND WICHTIGER UNTERSCHIED.

ER BILDET BEVORZUGT »SCHWIERIGE LEHRLINGE« AUS. WENN EINER DEFIZITE HABE,
EGAL OB NUN BEI DER SCHULBILDUNG ODER DER SOZIALKOMPETENZ, BEDEUTE DAS NICHT, DASS
ER GLEICHZEITIG EIN SCHLECHTER LEHRLING SEI. WENN MAN IHN ZU EINEM GUTEN MACHE.

Ausbildungsplatzabgabe

EIN ALLHEILMITTEL GEGEN DIE AUSBILDUNGSPLATZMISERE?
ZWEI POSITIONEN



PRO: RALF WOELK

Erneut haben Betriebe und Verwaltungen ihr Ausbildungsplatzangebot drastisch reduziert (-11% gegenüber 2002). Nur noch ein knappes Viertel aller Betriebe bildet aus. Allein in NRW erhielten über 10.000 Jugendliche in vergangenen Ausbildungsjahr keine betriebliche Ausbildung.

Die Zukunft junger Menschen darf nicht abhängig sein von kurzfristigen unternehmerischen Überlegungen. Junge Menschen haben ein Recht darauf, qualifiziert ausgebildet zu werden. Für Jugendliche ohne betriebliche Lehrstelle legt der Staat milliardenschwere Sofort- und Notprogramme auf. Zuständig für das Angebot von Ausbildungsplätzen ist aber die Wirtschaft!

Deshalb fordert die DGB-Jugend die Einführung einer gesetzlichen Umlage zur Finanzierung der Berufsausbildung. So funktioniert's: Alle Arbeitgeber entrichten eine Abgabe in einen Fonds. Die Höhe richtet sich nach der Leistungsfähigkeit des Unternehmens. Betriebe, die ausbilden, bekommen dies angerechnet. Betriebe die überproportional ausbilden, bekommen die Kosten aus dem Fonds refinanziert.

Umlagefinanzierung – zu bürokratisch? Nein! Bürokratisch und kostenintensiv sind im Gegenteil die aus Steuermitteln finanzierten Ersatzmaßnahmen und Warteschleifen.

Umlagefinanzierung – eine Zwangsabgabe? Nein! Wer genug ausbildet, zahlt nicht in den Fonds, sondern kann sogar Mittel daraus erhalten. Kleine Betriebe und Existenzgründer sind von der Umlage ausgenommen.

Umlagefinanzierung – unwirksam wie die Schwerbehindertenabgabe? Nein! Denn der Um-

lagebetrag soll sich an den tatsächlichen Ausbildungskosten orientieren und damit vier- bis fünfstellig werden. Die Abgabe für Schwerbehinderte, knapp dreistellig, verführt zu billigem »Freikaufen«.

Wenn den Unternehmen am Anfang des Jahres klar ist, wieviele sie für jeden fehlenden Ausbildungsplatz zu zahlen haben, und wieviel sie für jeden zusätzlich angebotenen Platz erhalten, wird sich das Angebot an Auszubildenden bereits während des laufenden Vermittlungsjahres verändern. Alle Konsensmaßnahmen und Notprogramme warten immer erst den 30.9. ab und setzen daher zu spät an.

Nach fast 10 Jahren Bettelei um Ausbildungsplätze sollte die Umlagefinanzierung endlich ausprobiert werden. Es wird sich zeigen, dass der Druck einer solchen Regelung zu mehr Anreiz führt, zusätzliche Lehrstellen anzubieten, als der 135. Bettelbrief des Ministers, des Kammerpräsidenten, des Gewerkschaftsvorsitzenden, des Arbeitsamtes ...

AUTOR »»

Ralf Woelk › Landesjugendsekretär des DGB in NRW.





CONTRA: MARIO OHOVEN

Eine Ausbildungsplatzgabe ist eine Idee aus der Mottenkiste. Sie wird den Mittelstand zusätzlich massiv belasten. Und sie schafft keine neuen Lehrstellen, sondern nur mehr Bürokratie.

Mit der ideologisch motivierten Forderung nach einer Strafsteuer schlagen die Gewerkschaften wieder einmal den falschen Weg ein. Sie sollten wissen, dass der unternehmerische Mittelstand gegen diese Zwangsabgabe notfalls die Gerichte anrufen wird – weil ihm gar keine andere Wahl bleibt. Viel besser wäre es doch, Unternehmen, die zusätzliche Lehrstellen anbieten, steuerlich zu entlasten.

Der Mittelstand stellt verlässlich 80 Prozent aller Ausbildungsplätze zur Verfügung. Mit der Ausbildungsplatzabgabe als einer Art Sondersteuer würden die Unternehmen in unerträglichem Maße zusätzlich belastet. Schon heute kostet ein Ausbildungsplatz den Betrieb durchschnittlich 25.000 Euro. Dennoch unternimmt der Mittelstand alle Anstrengungen, damit jeder ausbildungswillige und ausbildungsfähige Bewerber eine Lehrstelle bekommt.

Leider fehlen jedoch häufig bei den Jugendlichen die schulischen Mindestvoraussetzungen. Ein Viertel rechnet bestenfalls auf Grundschulniveau, das Lesen und Verstehen einfacher Texte bereitet vielfach erhebliche Schwierigkeiten. Das Ergebnis ist eine Abbrecherquote von 25 Prozent.

Hier ist zunächst einmal die Bildungspolitik gefordert. Auch die Flexibilität der Kandidaten lässt zu wünschen übrig. Nur jeder zweite Schulabgänger sucht neben dem »Traumjob« auch in ande-

ren Ausbildungsberufen. In Westdeutschland bewirbt sich gerade einmal jeder zehnte Jugendliche um eine Lehrstelle außerhalb seiner Wohnregion. Last but not least mangelt es oft auch am Leistungswillen. Deshalb schlägt der BVMW eine stärkere Ausrichtung des Lehrlingsentgelts an der Leistung in Schule und Betrieb vor.

Im übrigen bin ich besonders gespannt, wie die Gewerkschaften in ihrem eigenen Haus das bislang kümmerliche Ausbildungsplatzangebot vergrößern wollen...

AUTOR »»»

Mario Ohoven › Unternehmer › unter anderem geschäftsführender Gesellschafter der Unternehmensgruppe "Investor und Treuhand" › Präsident des Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft und der Europäischen Vereinigung der Kleinen und Mittleren Unternehmen.



Kasperletheater am Rhein

LUFTBUCHUNGEN UND LUFTNUMMER: DAS FRÜHE POLITISCHE ENDE DES SPÄTEN PEER STEINBRÜCK

VON RALF WITZEL

Auch ein Düsseldorfer Signal: Der Regierungschef hat keinen Einfluss, die Regierungskoalition kein Konzept, die Wirtschaft keine Perspektive und die Bildung keine Lobby. Rot-Grün setzt auf Kontinuität im Chaos.

Der Verlegenheitskandidat kam, sah und scheiterte. Noch-Ministerpräsident Peer Steinbrück wollte einst nach seinem Amtsantritt weit springen, vollendete mit seinem erfolglosen Versuch zur Entfernung grüner Kröten aus der Regierung eine glanzvolle Bauchlandung und steht nun vor den Trümmern seiner selbst. Nur wenige Beobachter nehmen ihn noch ernst, und Zukunft verbindet auch in den Regierungreihen kaum noch jemand mit ihm. Das ist das politische Ende einer tragischen Figur, die das Richtige erkannte und handeln wollte, aber die Geister nicht mehr handhaben konnte, die sie rief. Der frühere Finanzminister Peer Steinbrück wurde so innerhalb kurzer Zeit nun vom Herr der Luftbuchungen zur Luftnummer in der Düsseldorfer Politik.

Und dabei hatte er es doch mit seinem »Düsseldorfer Signal« so gut vor. Steinbrück hat lange für die Erkenntnis gebraucht, doch im Sommer war es soweit, und er seufzte: Wo rohe grüne Kräfte sinnlos walten, kann Zukunftspolitik sich nicht entfalten. Steinbrück erkannte, daß mit der rot/grünen Regierungsmannschaft die Pleite NRWs kein Ende nehmen wird und die Landflucht weg aus NRW weiter zunehmen wird. Wichtige zukunftsfähige Industriezweige wie die Bio- und Gentechnologie, die Chemie, die Magnetschweibetechnik, die Verpackungsindustrie oder die Kraftwerkstechnologie sehen bereits heute keine

Perspektive in dem einstigen Industriestandort mehr.

Immer mehr gut ausgebildete Junglehrer setzen sich ab in andere Bundesländer, da Rot/grün in NRW jedes noch so minimale Versprechen von Lehrerneueinstellungen bricht und Pädagogen in der Mangelverwaltung nordrhein-westfälischer Schulen keine Zukunft für sich erkennen. Polizeibeamte, die nach vierzig Jahren von wechselndem Schichtdienst mit Nacht- und Sonntagsbetrieb ausgebrannt sind, erfahren Arbeitszeiterhöhungen und eine Verlängerung ihrer Lebensarbeitszeit, obwohl sie schon heute einen wachsenden Überstundenberg vor sich herschieben, der aufgrund des Personalnotstandes und steigender Kriminalitätsraten gar nicht mehr abgebaut werden kann.

Nordrhein-Westfalen ist nach acht Jahren rot/grünen Regierungschaos am Ende. Mit seinen Wirtschaftsaktivitäten wie bei der WestLB verbrennt die Landesregierung jedes Jahr Unsummen an Millionen, obwohl private Unternehmen von Markt und Wettbewerb viel mehr verstehen. Zugleich gehört NRW bei der Insolvenzrate privater Unternehmen zu den Spitzenreitern dieser Republik. Steinbrück legt dem Parlament den einen verfassungswidrigen Haushalt nach dem anderen vor, und da er keinerlei Konzept hat, wenigstens in der Zukunft die finanzpolitischen Konsequenzen seiner jahrelangen Pleitewirtschaft legal in den Griff zu bekommen, erklärt er schnell die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, die eine weitere Lizenz zur Neuverschuldung ist. Mit einer generationengerechten, nach-

haltigen und verantwortungsbewußten Politik hat dies nichts mehr gemein.

All dies wollte Steinbrück ändern. Er wollte die grünen Spielwiesen in der Landespolitik beenden und eine neue Regierungsmannschaft aufbieten, die das Vertrauen und Ansehen der Bevölkerung genießt. Mehr »rot pur« sollte zuviel an grüner Handschrift in der Regierungspolitik ersetzen. Steinbrück ist mit seinem Vorstoß kläglich an allen denkbaren Faktoren gescheitert. Seine eigene Partei ist noch nicht reif für einen zukunftsfähigen Neustart und eine Modernisierung von Staat und Gesellschaft jenseits überkommener rot/grüner Denkstrukturen, seine Fraktionskollegen im Landtag befürchteten rein egoistisch einen Verlust von Macht und Pöstchen, und Steinbrück fehlte der Mut, unbequeme Wahrheiten auch gegen Widerstände durchzustehen.

Da die SPD nun im Ergebnis am rot/grünen Auslaufmodell festhalten wollte, als sich die Grünen schon längst gedanklich von einer weiteren Mitregierung verabschiedet hatten und über die Medien ihre Alleinstellungsmerkmale »grün pur« verbliesen, mußten nun den zuvor in die Ecke gequetschten Grünen diverse Zugeständnisse für einen Verbleib in der Koalition gemacht werden. Die im »Düsseldorfer Signal« angekündigten Reformen bei Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Sozialstaat und Bildung werden alle nicht ernsthaft verwirklicht. Bärbel Höhn hat Peer Steinbrück eiskalt ausgekontert und gewonnen.

Wachstumsraten hat Rot/grün in Düsseldorf bislang nur im negativen Sinne produziert: Wir haben mehr Arbeitslose, mehr Firmenpleiten, mehr



Die Perspektive

WENN EINE REGIERUNG DIE PROBLEME NICHT LÖST, SUCHEN SICH DIE PROBLEME ANDERE REGIERUNGEN.
DIE WARTEZEIT BIS ANFANG 2005 WIRD BIS DAHIN AUCH VERGEHEN.

Verschuldung, mehr Unterrichtsausfall, mehr Stau und mehr Kriminalität als jemals zuvor. Noch nie war berechtigterweise die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung so groß. Die Koalition ist gelähmt und sieht sich außer Stande, die wichtigsten Zukunftsfragen für unser Land zu beantworten. So geht der Abstieg unseres Landes weiter, während die Menschen zurecht auf einen Aufbruch warten. Trost spendet da allein die alte Binsenweisheit: Wenn eine Regierung die Probleme nicht löst, suchen sich die Probleme andere Regierungen. Die Wartezeit bis Anfang 2005 wird bis dahin auch vergehen.

Der aktuelle Landeshaushalt ist ein perspektivloses Dokument des Mangels. Entgegen allen Zusagen und öffentlichen Erklärungen wird bei Bildung und Jugend drastisch gespart. Damit sind gerade die Zukunftsfelder der Landespolitik tangiert. NRW begeht am laufenden Band den einen Wortbruch nach dem nächsten. Der sogenannte »Stufenplan für verlässliche Bildung« ist ein Dokument purer Unverlässlichkeit geworden: 1.000 fest versprochene und gebetsmühlenartig angekündigte Lehrerneueinstellungen werden nicht realisiert, Privatschulen stehen nach der 25%igen Kürzung des Landeszuschusses kurz vor dem Aus, Mittel zur Honorierung besonders engagierter Lehrerleistungen werden zusammengestrichen und mit dem sogenannten »Qualitätspakt«, der in Wahrheit ein Qualitätsabbauvertrag ist, Tausende von Stellen im Hochschulbereich abgebaut. Obwohl lebenslanges Lernen immer wichtiger wird, bricht die Landesregierung das Weiterbildungsgesetz und zahlt 15% weniger Zuschuß an

Weiterbildungsträger, als das Gesetz vorsieht. Und dies alles, nachdem Rot/grün die vermeintliche gesetzlich normierte Planungssicherheit mit konstanten Bildungsaufwendungen bis 2005 über Jahre wie eine Monstranz vor sich hergetragen hat. Auch Stiftungen und die politische Bildungsarbeit werden gerupft. Hunderte von Angeboten der Kinderbetreuung und Jugendhilfe müssen schließen, da sie die bis zur Hälfte ihrer bisherigen Förderung reichenden Kürzungen nicht überleben werden. Unser Land ist reif für den Konkurs.

Mit dem Eingeständnis von Schulministerin Ute Schäfer, daß die rot/grüne Landesregierung ihr gebetsmühlenartig gegebenes Versprechen zur Schaffung von zusätzlichen 2.000 neuen Lehrerstellen bis zum Ende dieser Legislaturperiode nun doch nicht realisiert, wird immer mehr offensichtlich, daß sich der sogenannte Stufenplan »Verlässliche Schule« als völlig unzuverlässig erweist. Mit der Nichteinhaltung ihrer eigenen Einstellungszusagen begeht die Landesregierung erneut einen Wortbruch beim Stufenplan. Bereits zuvor wurden Versprechungen des Stufenplans bei Stellen nicht eingehalten. Zusammen mit dem existenzbedrohenden Kahlschlag bei der Privatschulfinanzierung, gravierenden Einschnitten zulasten der Weiterbildung oder der Leseförderung an öffentlichen Bibliotheken wird die Behauptung der Landesregierung, im Bildungsbereich werde nicht gespart, zur reinen Farce. Ursprünglich sollten Regierungserklärungen zufolge 6.100 zusätzliche Lehrstellen bis 2005 den Anstieg der Schülerzahlen auffangen und darüber

hinaus neue Unterrichtsangebote ermöglichen. Außerdem wurden substantielle Verbesserungen für zahlreiche Lehrer in Aussicht gestellt. Heute wissen wir: Das einzig Verlässliche am Stufenplan ist der Umstand, daß dieser verlässlich unterfinanziert ist.

Die Schüler/Lehrer-Relation wird sich an allen Schulformen klar weiter verschlechtern. Der erneute Zahlenpoker um die tatsächlichen Lehrerstellen, die den Schulen im kommenden Jahr zur Verfügung stehen, soll offenbar verschleiern, daß auch der Bildungsbereich Federn lassen muß. Daß die Landesregierung angesichts der bekanntgegebenen Zahlen auch noch von verlässlicher Schule spricht, ist der reinste Hohn. Diese Landesregierung hat das Recht verwirkt, von Verlässlichkeit im Schulbereich zu sprechen. Es ist kein Wunder, daß Lehrer, Eltern und Schüler jegliches Vertrauen in diese Landesregierung verloren haben. Die notwendige Kraftanstrengung zur Verbesserung unserer Bildungsqualität in Zeiten nach PISA werden wir mit Rot/grün nicht bewältigen können. Dabei haben wir bereits heute einen gravierenden Lehrstellenmangel und Tausende arbeitsloser Jugendlicher, die nicht vermittelbar sind, da ihnen die elementarste schulische Qualifikation fehlt. Mit den Kürzungen bei Bildung und Jugend und gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Subventionen für absterbende Industrien und ideologische Spielwiesen hat Rot/grün die Weichen erneut Richtung Vergangenheit gestellt. Unterlassen wurden gerade die notwendigen Investitionen in die junge Generation, auf die es ankommt, den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Wir brau-

chen eine verantwortungsvollere Politik für unser Land. Lieber heute als morgen. Und die SPD sitzt in der grünen Falle: Die grüne Wählerschaft ist anspruchslos und honoriert permanentes Umfallertum aus Gründen von Machtgeilheit und Pöstchensicherung beim Regierungsverbleib ebenso wie einen heldenhaften Koalitionsbruch mit der Folge prinzipientreuer Politik in der sich anschließenden Oppositionszeit. Chaos ist halt die geistesgeschichtliche Wurzel dieser grünen Partei. Steinbrück hat dies und vieles weitere unterschätzt. Was bleibt nach all dem Regierungsstreit, ist für den zuvor in der Öffentlichkeit fast gänzlich unbekanntem Ministerpräsidenten einzig ein etwas höherer Bekanntheitsgrad und die Erfahrung, trotz richtiger Erkenntnis und guten Willens am Ende einfach nur der Verlierer zu sein. Es wird nicht seine letzte Niederlage bleiben. 2005 kommt die nächste.

AUTOR >>>

Ralf Witzel › sitzt für die Jungen Liberalen im Landtag von NRW › war lange Jahre Landesvorsitzender der Jungen Liberalen



Der MP

NUR WENIGE BEOBACHTER GEBEN IHM NOCH CHANCEN,
UND ZUKUNFT VERBINDET AUCH IN DEN REGIERUNGSREIHEN KAUM JEMAND MIT IHM.

Deutschland ohne Subventionen

SUBVENTIONEN SIND DAS KREBSÜBEL DER DEUTSCHEN STAATSWIRTSCHAFTSPOLITIK.
DER SOZIALISTISCHEN VERSUCHUNG OPFERT DIE BUNDESREPUBLIK JEDES JAHR 156 MILLIARDEN EURO.
WÜRDEN SUBVENTIONEN RESTLOS GESTRICHEN, WÜRDEN WIR NICHTS VERLIEREN – UND DIE FREIHEIT GEWINNEN.

VON RICHARD MÜLLER

Gibt es die Möglichkeit in einem Staat, der Subventionen verteilt und verteilt, diese wieder zurückzuführen?

Es mag wahrlich schwierig sein, solches – anzugehen, aber es scheint immer notwendiger. In einem Land wie Deutschland, welches ein Subventionsvolumen von 156 Mrd. Euro hat – das sind ca. 8% des BIP –, muss ein Weg gefunden werden, um aus dieser Falle herauszukommen. Dabei kann es nicht um ein paar Kürzungen hier, ein paar Streichungen dort gehen. Auch zehn Prozent Kürzung per Rasenmähermethode – der Vorschlag der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück – reichen nicht hin. Wenn, dann geht es jetzt darum, der Subventionitis überhaupt ein Ende zu machen – und alles, was im engeren Sinne Subvention ist, restlos zu streichen.

Doch was sind Subventionen eigentlich genau? Wörtlich bedeutet subventionieren »zur Hilfe kommen«. Dies ist schon ein zweifelhafter Ansatz, um Subventionen zu rechtfertigen. Denn wie wir schon bei Holzmann erlebt haben, hat das »zur Hilfe kommen« einem Unternehmen geholfen, am Markt zu bleiben, obwohl die marode Struktur jedem Laien erkennbar war. Man kann nicht sagen, dass es etwas gebracht hatte. Eher im Gegenteil: es wurde einem Dumping-Preis-Unternehmen gewährt, eine falsche Geschäftspolitik weiter zu betreiben und dabei viele kleine und mittlere Unternehmen in den Konkurs zu schicken.

Warum sollten dann weiterhin solche Erhaltungssubventionen gezahlt werden?

Es gibt keine plausible Erklärung. Das Argument,

welches mithin am häufigsten genannt wird, ist, Subventionen beispielsweise an die Landwirtschaft würden gezahlt, damit ein Minimum an Selbstversorgung gewährleistet bliebe. Dieses Argument ist aber schief, denn die subventionierten Bauern sind immer noch Marktteilnehmer und bekommen dafür Geld. Und nicht zur Sicherstellung des Eigenbedarfs.

Gleiches gilt für den Bergbau. Eine Sicherstellung der Energiezufuhr ist das angebliche Ziel. Doch warum nur? Wir sind umzingelt von Freunden, und es gibt wirtschaftliche Interdependenzen, die, je mehr Europa zusammenwächst, immer tiefer werden. Ricardo weist schon zu Anfang der Außenhandelstheorie darauf hin, dass jedes Land nur die Produkte herstellen sollte, die es auf Grund der Kostenstruktur am günstigsten herstellen kann. Die anderen Güter werden durch Außenhandel beschafft.

Aber welche Wirkungen haben Subventionen? Subventionen wirken ganz klar wettbewerbsverzerrend, denn Subventionsempfänger haben einen Kostenvorteil nicht-subventionierten Unternehmen gegenüber. Wenn schon ein Unternehmen einer Branche ohne Subventionen auskommt, dürften in dieser Branche keine Subventionen mehr gezahlt werden. Und wenn diese Unternehmen am Markt nicht bestehen können, müssen sich solche durchsetzen, die es können. Förderungssubventionen bilden einen ähnlichen Komplex. Hier vergibt der Staat Gelder zur Unterstützung gewisser Branchen. Bestes Beispiel ist hier die Windenergie, wo man sogar noch Geld damit verdienen kann, wenn man solche Windrä-

der auf sein Grundstück stellt.

Diese Art der Subvention ist ein Anmaßen von Wissen seitens der Politik. Woher soll die Politik wissen, welche Art von technischem Fortschritt bestehen bleibt und welche nicht?

Besonders schlimm ist, dass der Empfängerkreis der Subventionen extrem gering ist. Aber wenn jemand einmal Subventionen bekommen hat, ist es schwer ihm diese wieder streitig zu machen. Dennoch ist dies ein notwendiges Übel, damit wir wieder eine marktwirtschaftliche Ordnung bekommen. Marktversagenstatbestände wird es immer geben, aber das ist auch der Grund, warum ein Staat von Nöten ist. Er hat aber nicht die Aufgabe das Geld denjenigen zu nehmen, die bewusst am Markt agieren, und denen zu geben, die alleine nicht zurecht kommen.


Könnte Deutschland ohne Subventionen bestehen?

Natürlich. Wir würden nichts verlieren. Wir würden etwas gewinnen: 156 Milliarden Euro, die weit besser investiert werden könnten – in die Freiheit der Menschen und die Zukunft der Jugend. Staatswirtschaft ade.



Hilfe

WÖRTLICH BEDEUTET SUBVENTIONIEREN »ZUR HILFE KOMMEN«, EIN ZWEIFELHAFTER ANSATZ, UM SUBVENTIONEN ZU RECHTFERTIGEN. WIE WIR SCHON BEI HOLZMANN ERLEBT HABEN, HAT DAS »ZUR HILFE KOMMEN« EINEM UNTERNEHMEN GEHOLFEN, AM MARKT ZU BLEIBEN, OBWOHL DIE MARODE STRUKTUR JEDEM LAIEN ERKENNBAR WAR.



Bildungslücke

MIT DEM SCHEINARGUMENT »PISA« WIRD DER EINHEITSBREI VON VORGESTERN WIEDER AUFGEWÄRMT.
SETZT SICH DIE SPD DURCH, WIRD DIE QUALITÄT DER BILDUNGSABSCHLÜSSE DRAMATISCH SINKEN – AUCH AM GYMNASIUM.
DIE EIGENEN BEMÜHUNGEN DIE JUGENDARBEITSLOSIGKEIT ZU SENKEN WERDEN KONTERKARIERT.

Zukunft verspielt

ZURÜCK IN DIE 80ER: SEKUNDARSCHULEN SOLLEN NACH DEM WILLEN DER SPD
KÜNFTIG REAL- UND HAUPTSCHULEN ERSETZEN

VON CHRISTIAN LIEDTKE

Auf dem Papier hat der bildungspolitische Sonderparteitag der NRW-SPD beschlossen, das Thema Abschaffung der Realschule auf Landesebene vorerst nicht weiter zu verfolgen. Doch dies ist ein Treppenwitz, der seines Gleichen sucht. Der Parteitag hat nämlich zugleich beschlossen, dass es den Kommunen freistehen soll, die Realschule abzuschaffen und eine »Sekundarschule« genannte Einheitsschule nach Bedarf einzuführen.

Auch auf Landesebene ist das Thema noch lange nicht ad acta gelegt. Denn die Genossen wollen das Thema nach einem »breiten Dialog mit allen Beteiligten« wieder auf die Agenda bringen. Auf Wiedervorlage also...

Die linken Bildungsideologen, denn nicht nur die SPD, sondern auch Grüne und linke Verbände schließen sich dieser Forderung an, wollen ein zweisäuliges Schulsystem schaffen. Die eine Säule stellt das Gymnasium, die andere die sogenannte »Sekundarschule«, die Realschule, Hauptschule, Gesamtschule und die Sonderschule miteinander vereint, dar. Doch das ist noch lange nicht alles. Des Weiteren sollen den Gymnasien die Oberstufen entrisen und »Oberstufenzentren« eingeführt werden, wo dann Sekundarschüler und Gymnasiasten gemeinsam ihr Abitur machen müssen. Dies wird zu einem dramatischen Niveauverlust der Abiturnoten führen. Doch auch die Qualität der übrigen Bildungsabschlüsse wird kolossal fallen. Aus diesem Grund werden die Jugendlichen noch weniger den Leistungsanforderungen der Unternehmen und Universitäten gerecht und werden dank der vermeintlich sozialdemokratischen Bildungspolitik zu Ver-

lierern des Systems erzogen. Der Einstieg ins Berufsleben wird für junge Menschen, egal ob Sekundarschüler oder Gymnasiasten, immer schwieriger, weil ihre Schulabschlüsse nichts mehr wert sind und sie die Eignungstests der Wirtschaft, die ihre Anforderungen nicht senken kann und wird, nicht bestehen können.

Auf dem bundesweiten Arbeitsmarkt werden NRWler noch geringere Chancen haben als jetzt, weil sie faktisch weniger wissen. Die Landesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt die Arbeitslosigkeit und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit massiv zu senken. Doch alle Bemühungen jungen Menschen Arbeits- und Ausbildungsplätze zu verschaffen, können nur fruchten, wenn die für das Arbeitsleben nötigen Grundlagen vorhanden sind. Dieses Wissen soll in der Schule vermittelt werden. Doch im Einheitsbrei hat wahres Wissen für das Leben keinen Platz mehr.

Die Genossen konterkarieren also ihre eigenen Forderungen. Der Vorhang geht auf für eine weitere planlose Episode rot-grüner Regierungspolitik. Es stellt sich die Frage, warum wir überhaupt wieder eine Schulstrukturdebatte führen. Nachdem die SPD in den 1980er Jahren den »Schulfrieden« geschlossen hat und sich klar zur Dreigliedrigkeit bekannt hat, schien diese Debatte ein für alle Mal vom Tisch zu sein. Doch leider ist dem nicht so. Auch PISA lehrt: Vielfalt gewinnt. Mit der Pisa-Studie als Kronzeuge haben sich die Linken aus ihren Löchern gewagt und bringen ihre unsinnigen Forderungen erneut ins Gespräch. Sie argumentieren, dass Länder mit integrierten Systemen weit besser abgeschnitten hätten als solche

mit gegliederten Systemen. Doch dies ist faktisch falsch. Bei Pisa haben viele Länder mit einer Einheitsschule wesentlich schlechter abgeschnitten als wir. Hinzu kommt, dass beispielsweise das Siegerland Finnland klar nach Leistung differenziert. Es ist auch klar, das in keinem anderen Land so knallharter Frontalunterricht durchgeführt wird wie in Finnland. Diese Tatsachen hören linke »Einheitsbrei-Freunde« leider nur sehr ungern.

Wieder einmal zeigt sich, dass eine Veränderung des Systems nicht – wie von Zauberhand – auch die Inhalte ändert. Doch gerade diese müssen geändert werden. Es darf nicht sein, dass Lehrer, bevor sie zum Unterrichten kommen, eine Viertelstunde lang bürokratische Arbeiten durchführen müssen und das Klassenzimmer zur Amtsstube mutiert.

In der Schule muss gelten: »Nicht für die Schule sondern für das Leben lernen wir!«

Eine Frage sollte man allen, die die Einheitsschule also die Gesamtschule für alle fordern, stellen: »Wenn Sie die Gesamtschule für eine so tolle Schule halten, dann schicken Sie Ihr Kind doch sicher auch auf eine Gesamtschule, oder?« Die Antwort wird in den meisten Fällen »Nein« sein...

AUTOR >>>

Christian Liedtke › 16 › Schüler in Bochum › jüngstes Mitglied im Landesvorstand der Jungen Liberalen NRW › Landesfachausschuss Bildung der NRW FDP

Eine Verfassung - ein Europa?

EUROPA BRAUCHT EINE ÖFFENTLICHKEIT, DIE DIE WERDENDE VERFASSUNG MIT LEBEN FÜLLT.
OHNE VOLKABSTIMMUNG BLEIBT DAS GROSSE VERFASSUNGSWERK EIN BLOSSER MARKETINGGAG.

VON FABIAN SCHEFFCZYK

Die Diskussion über eine Verfassung für die Europäische Union hat einen erstaunlichen Verlauf genommen. War es zunächst die allgemeine Auffassung der Staatsrechtslehre, dass eine Verfassung ohne einen Staat nicht möglich sei, wandelte sich die Debatte vor wenigen Jahren in eine Diskussion über Sinn oder Unsinn einer europäischen Verfassung – am bekanntesten ist wohl die Auseinandersetzung zwischen Grimm und Habermas – um schließlich über die Frage, ob lediglich eine Neufassung und Vereinfachung des geltenden EU-Rechts unter Einbeziehung der Grundrechtecharta in Frage käme, zu dem (politisch gewollten) Ergebnis zu gelangen, dass es sich um eine vollwertige Verfassung handeln müsse, ohne eine Staatlichkeit der EU zu begründen.

Auf die einzelnen Aspekte der Verfassung einzugehen würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Aus liberaler Perspektive begrüßenswert sind jedoch insbesondere die Einbeziehung der Grundrechtecharta als 2. Abschnitt (wobei der Deutsche jetzt über einen fünffachen Grundrechtsschutz verfügt: Landesgrundrechte, Grundgesetz, Grundrechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes, Europäische Menschenrechtskommission, UN-Pakte), die Festschreibung des Subsidiaritätsprinzips sowie das plebiszitäre Element des Bürgerbegehrens.


Bei aller Freude über die positiven Seiten darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass Europa immer noch ein immenses Defizit hat, nämlich den Mangel einer europäischen Öffentlichkeit, eines europäischen »Volkes«. Die Optimisten unter den Verfassungsbefürwortern gehen davon aus, dass

sich diese mit der Schaffung der Verfassung schon automatisch einstellen werden. Dies scheint, wenn man die Realitäten betrachtet, doch eher blauäugig, insbesondere, wenn schon die europaweiten Demonstrationen gegen den Irak-Krieg als Geburtsstunde dieser gemeinsamen Öffentlichkeit erhalten sollten. Zutreffender ist wohl die Ansicht, dass – neben den »technischen« Fortschritten – die Verfassung hauptsächlich dazu dient, eine »konsumästhetisch urige Atmosphäre« zu schaffen, die die EU entstigmatisieren und Misstrauen gegen sie neutralisieren soll.

Unsere Aufgabe als politische Jugendorganisation muss es trotzdem sein, die Diskussion um das »Ob und wie« der Verfassung »von unten« mit Leben zu erfüllen, mit unseren Partnerverbänden und anderen Organisationen gesamteuropäische Probleme zu diskutieren und so zur wirklichen Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit beizutragen. Der Einsatz für eine Volksabstimmung über die Verfassung sollte der erste Schritt in diese Richtung sein.

AUTOR »»

Fabian Scheffczyk › studiert Rechtswissenschaften an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder › stellvertretender Landesvorsitzender der Julis Brandenburg und Leiter der Programmkommission › organisierte als Vizechef der European Law Students' Association (ELSA) Frankfurt unlängst einen prominent besetzten Kongress zur verfassungsrechtlichen Zukunft Europas.



DIE NEUE VERFASSUNG SOLLTE DIE EU INSTITUTIONELL VORANBRINGEN. DOCH MIT DEM VERFASSUNGSTEXT ALLEIN IST ES NICHT GETAN:
JETZT GILT ES, VON UNTEN EINE EUROPÄISCHE ÖFFENTLICHKEIT HERZUSTELLEN, DIE DIE WERDENDE VERFASSUNG MIT LEBEN FÜLLT.
TROTZ DES SCHEITERNS DER REGIERUNGSKONFERENZ SIND NOCH NICHT ALLE TRÄUME AUSGEFRÄUMT. DOCH OHNE VOLKABSTIMMUNG
BLEIBT DAS GROSSE VERFASSUNGSWERK EIN BLOSSER MARKETINGGAG.

juli magazin

PVST (PSDG), DEUTSCHE POST AG, ENTGELT BEZAHLT G 2360 F
JUNGE LIBERALE LANDESVERBAND NRW E.V. · STERNSTRASSE 44 · 40479 DÜSSELDORF

THEMEN, DIE UNS WICHTIG SIND.

PUBLIZIERT VON DEN JUNGEN LIBERALEN NRW.

HERAUSGEBER UND VERLAG

Junge Liberale Landesverband NRW e.V.
Sternstraße 44 Fon 0211 - 492 51 85
40479 Düsseldorf Fax 0211 - 49 00 28

REDAKTION

Torsten Paßmann passmann@julis.de
Ludwigsallee 93 Fon 0241 - 515 42 79
52062 Aachen Fax 0721-151 26 86 55

DESIGN

Marcel Sebastian
Schleswiger Str. 61 · 42107 Wuppertal

FOTOS

photocase.de · stock.xchng
Landespresseamt NRW

DRUCK

Druckhaus Uwe Nolte
Im Kurzen Busch 7 · 58640 Iserlohn

HERAUSGEBERBEIRAT

Yvonne Nasshoven
Torsten Paßmann
Nora Langensiepen

Das juLi magazin ist die Mitgliederzeitschrift der Jungen Liberalen des Landesverbandes NRW e.V. Die Junge Position erscheint viermal jährlich und kostet 10,00 EUR pro Jahr. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im juli magazin abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt der Redaktion oder der Herausgeber wieder.

Stellenausschreibung

Die Jungen Liberalen NRW suchen zum 01. Juni 2004 einen neuen Leiter für das gemeinsame Mitglieder magazin der JuLis in Brandenburg und NRW.

Journalistische Grundkenntnisse sind erwünscht, aber nicht zwingend vorausgesetzt. Erwartet werden Sicherheit im Umgang mit der deutschen Sprache, dazu eine programmatische Spürnase, um mit Themenheften Trends zu setzen, sowie eiserner Wille, Beiträge zu akquirieren.

Bewerbungsschluß ist der 21. Mai 2004. Aussagekräftige Zuschriften bitte an die Landesgeschäftsstelle zu Händen der Landesvorsitzenden oder des Landespressesprechers.